„Chance auf eine naturverträgliche Lösung vertan“

NATUR Torfabbau am Steinwegsee – Edewechter Grünen kritisieren CDU/SPD und Bürgermeisterin

CDU, SPD und Petra Lausch hätten mit ihrer ablehnenden Haltung nur Punkte bei Bürgern sammeln wollen, hieß es. Kritik wurde auch am Kreis geübt.

VON DORIS GROVE-MITTWEDE

FRIEDRICHSFEHN/EDEWECHT – „Die beiden großen Parteien im Edewechter Gemeinderat, CDU und SPD, und Bürgermeisterin Petra Lausch haben eine Chance auf eine naturverträgliche und bürgerfreundliche Lösung beim geplanten Torfabbau am Steinwegsee vertan.“ Dieser Ansicht sind Mitglieder des Grünen-Ortsverbandes Edewecht, die sich in ihrer jüngsten Sitzung mit dem Thema „Verlängerung der Torfabbaugenehmigung für Investor Matthias Decker durch den Landkreis Ammerland“ beschäftigten.

Ernsthaftigkeit bezweifelt

Wie es in einer Mitteilung heißt, hätten die Edewechter Grünen erhebliche Zweifel an der Ernsthaftigkeit, mit der Vertreter der Edewechter CDU und SPD und Bürgermeisterin Petra Lausch ihre Bedenken gegen die Abbaugenehmigung vorgebracht hätten. Das Argument der Gemeinde, das Vorhaben stelle eine nachhaltige Veränderung des Landschaftsbildes und einen erheblichen Eingriff in die Natur dar, habe der Landkreis als nicht stichhaltig akzeptiert. Das sei zu erwarten gewesen, weil jeder Torfabbau die Landschaft verändere. Vielmehr glaube man, dass CDU, SPD und Petra Lausch bei den Friedrichsfehner Bürgern Punkte sammeln wollten, nachdem ihr Ansehen wegen der Zustimmung zu Deckers Wohnprojekt am Steinwegsee nach Ansicht der Grünen stark gelitten habe. Die Grünen seien davon ausgegangen, dass der Landkreis die Torfabbaugenehmigung verlängere. Hätten alle dem Grüne-Antrag zugestimmt, hätte das eine Wertsteigerung für Landschaft und Erholung in Friedrichsfehn bedeutet. Bei der letzten Kommunalwahl hätten die Grünen Bürgermeisterin Lausch noch unterstützt; heute fragten sich die Grünen, so Vorsitzender Morin, ob man diese Unterstützung noch leisten wolle.

Kein gutes Haar lassen die Edewechter Grünen auch am Vorgehen des Landkreises als Naturschutzbehörde. Auch aus fachlicher Sicht sei es nicht hinzunehmen, dass gewachsene Strukturen zerstört werden, um eine Flachwasserzone als Ausgleichsmaßnahme herzurichten. Dieser Vorschlag sei unverhältnismäßig, weil er ein wertvolles Landschaftselement zerstöre, hieß es.

Aufwand unverhältnismäßig

Außerdem sei der für die Flachwasserzone notwendige, riesige Aufwand mit immensen und ebenfalls unverhältnismäßigen Torf- und Erdbewegungen eine zusätzliche Torfabbaumöglichkeit für den Investor. Denn Decker werde diesen zusätzlichen Torf sicherlich verkaufen. Kritik an der Kreisverwaltung übt auch die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Ihre Mitglieder fordern, dass sich die Gremien des Kreistages mit der vom Kreis erteilten Verlängerung der Torfabbaugenehmigung am Steinwegsee beschäftigen. Es sei befremdlich, dass die Kreisverwaltung im Friedrichsfehner Fall von der bisherigen Praxis bei Entscheidungen im Braurecht und Natur- und Umweltschutz abweiche, heißt es. Bislang sei es so, dass die Entscheidungen im gegenseitigen Einvernehmen geregelt würden. Diese Praxis sei beizubehalten. Die Argumente des Edewechter Bauausschusses und der Bürgermeisterin seien stichhaltig und nachvollziehbar und sollten in den Kreis-Gremien einer Überprüfung unterzogen werden.

Nordwest-Zeitung 06.03.09